

DER DRITTE WEG

Postfach 11 22
67085 Bad Dürkheim

www.der-dritte-weg.info
info@der-dritte-weg.info

10. August 2021

Sehr geehrte Damen und Herren, anbei die Antworten auf ihre Fragen.

1. Kriminalprävention befindet sich in einem Spannungsfeld zwischen Sicherheit und Freiheit. An welchen Stellen in diesem Spektrum setzen die kriminalpräventiven Ziele Ihrer Partei an? Welche Schwerpunkte werden gesetzt?

Zu 1.:

Die Gewaltprävention ist zu befürworten, soweit diese nicht zur Überwachung der Bürger herangezogen wird.

Wir fordern eine entschlossene Kriminalitätsbekämpfung!

Wir richten unsere politischen Maßnahmen an dem Sozialprinzip, anstatt am Individualprinzip aus. Unser Fokus ist somit nicht auf den Einzelnen, sondern auf die Gemeinschaft gerichtet. Das Leitprinzip lautet: „Was meinem Volke nützt, ist gut“. Daher fordern wir entschlossene Bekämpfung des Verbrechenstums, das dem Volksganzen schadet. Als Verbrecher wird jeder verstanden, der sein Triebleben nicht unter Kontrolle hat und Regeln des Zusammenlebens verletzt. Jede kriminelle Handlung ist letztlich entstanden aus: dem Fortpflanzungstrieb (Vergewaltigung), Besitztrieb (Raub, Diebstahl) und dem Machttrieb (Mord, Vergewaltigung).

Die Kriminalität muss zum Schutz des persönlichen Lebens und der Gemeinschaft entschlossen bekämpft werden. Der „humane Strafvollzug“ heutiger Tage macht oftmals den Täter zum Opfer und fördert die kriminelle Veranlagung von Straftätern. Sicherlich muss bei Haftstrafen zwischen erstmaligen Tätern und Wiederholungstätern unterschieden werden. Während man bei Ersteren mit erzieherischen Maßnahmen in kasernenähnlichen Anstalten eine Wiedereingliederung versucht, muss notorische Straftäter die ganze Strenge des Gesetzes treffen. Für Kinderschänder und -mörder fordert die Partei DER III. WEG außerdem die Einführung der Zwangskastration.

Abbau der Überwachung!

Zunehmend wird die Überwachung im öffentlichen sowie im privaten Bereich ausgebaut, und spätestens mit der Vorratsdatenspeicherung wurde die Unschuldsvermutung über Bord geworfen. Sämtliche Bürger stehen nun im Fadenkreuz. Der Einsatz des Bundestrojaners weitet diese Überwachung auf Smartphones und Computer aus und stellt den bisher tiefsten Eingriff in die Privatsphäre der Bürger dar. Eine Verschlüsselung wird somit umgangen, und selbst komplette Datensätze auf Festplatten können unbemerkt durchsucht werden. Wer meint, dass hierbei nur Terroristen oder gemeingefährliche Verbrecher zu Zielen werden, muss enttäuscht werden. Die „Quellen-Telekommunikationsüberwachung“ wurde auf zahlreiche Delikte erweitert, wobei hier

niemand garantieren kann, dass die Ermittler auch wirklich nur die erlaubten Mittel nutzen. An der öffentlichen Debatte vorbei wurden so die Grundrechte aller Bürger eingeschränkt und der Überwachungsstaat weiter ausgebaut.

Die Vorratsdatenspeicherung konnte keine größeren Erfolge bei der Verbrechensbekämpfung oder -aufklärung erzielen. Auch der Bundestrojaner ist hierfür kein Erfolgsgarant. Was bleibt, sind eine Verbrechensverlagerung hin in unüberwachte Bereiche und der gläserne Bürger ohne Rechte. Die Partei DER III. WEG fordert deshalb für die Freiheit jedes Einzelnen einen Stopp des Überwachungsstaates. Die Bespitzelungsbefugnisse in Form von Gesetzen wie der „Quellen-Telekommunikationsüberwachung“ oder der Vorratsdatenspeicherung sind ersatzlos zu streichen. Eine durch Verschlüsselung abgesicherte Kommunikation ist zu wahren.

2. Seit mehr als 30 Jahren werden Strategien der kommunalen Kriminalprävention in ländlichen wie auch in urbanen Räumen umgesetzt. In welcher Form sollen diese Strukturen nach der Programmatik Ihrer Partei weiterentwickelt und gestärkt werden?

Zu 2.:

Die Gewaltprävention wird bei uns ganzheitlich betrachtet. So ist es wichtig, dass wir auf der kommunalen Ebene ansetzen, dazu ziehen wir unsere Schlüsse unter anderem aus der Humanethologie, insbesondere hierbei der Stadtethologie. Eibl-Eibesfeldt beschäftigte sich mit den Anpassungsschwierigkeiten des Menschen an die Großstadt. Das Großstadtleben mit seiner anonymen Massengesellschaft lässt uns in den Mitmenschen einen Fremden sehen, dem wir mit Furcht begegnen, er könne ja unsere Schwächen ausnutzen. Eibl-Eibesfeldt meinte, unser Verhalten sei demnach in Richtung Misstrauen verschoben und man würde im Verhalten der Menschen verschiedene Strategien der Kontaktvermeidung erkennen. Das ginge auch so weit, dass Menschen sich so verhalten, als würde die Not der anderen Mitmenschen sie nichts angehen.

Er schrieb, wenn die persönliche Bindung fehle, sei der Mensch grundsätzlich bereit, aggressiver zu reagieren und rücksichtsloser seinen eigenen Vorteil durchzusetzen. Er bemühte sich um eine Vermenschlichung des Lebens in der Stadt, ging Fragen der ästhetischen Gestaltung der Wohnumgebung nach und trat für Begegnungsorte in den Städten ein. Diese Erkenntnisse sind auf kommunaler Ebene zu berücksichtigen.

Des Weiteren müssen insbesondere Beleuchtung auf öffentlichen Plätzen ausgebaut und Musikprojekte, zum Beispiel der Einsatz klassischer Musik, gefördert, hingegen die Überwachung abgebaut werden. Wie zur Frage Drei beschrieben, muss der Staat staatlich finanzierte Freizeitbeschäftigungen für die Jugend anbieten, gerade bei Mannschaftssportarten erlernen die Jugendlichen soziale und gerechte Verhaltensweisen, auch dies kann schon einen Effekt in der Gewaltprävention erzielen.

Pädagogische Projekte in Schulen, Volkshochschulen und Vereinen sollen verstärkt umgesetzt werden. Hier ist der Fokus daraufzulegen, nicht zum Individualismus, zum schonungslosen Wettbewerb untereinander und zur Ellenbogengesellschaft zu erziehen, sondern die Gemeinschaft und die Gemeinsamkeit des Volkes in den Mittelpunkt zu stellen. Das gegenseitige Zusammengehörigkeitsgefühl und das verantwortliche Füreinander sollen verstärkte Lerninhalte sein. Dieser Grundsatz findet sich in dem Motto: „Gemeinnutz geht vor Eigennutz - vom Ich zum Wir“ wieder. Das Feld der Gewaltprävention ist letztendlich derart groß und komplex, dass es nicht allein auf der kommunalen Ebene bewältigt werden kann. Zudem sind die Gegebenheiten in den Kommunen zu unterschiedlich. Daher können auch kommunale Projekte nicht ohne weiteres verallgemeinert werden. Die Gewaltprävention ist immer ganzheitlich zu betrachten, hierzu

gehören auch schnelle Strafverfahren mit entsprechenden Strafen, sowie effektive Grenzkontrollen und die konsequente Abschiebung von ausländischen Gewalttätern.

Die (auch kommunale) Förderung linksextremistischer, häufig zu Gewalt neigender, regelmäßig jedoch mit gewaltbereiten Gruppen vernetzter Projekte, ist vor diesem Hintergrund ebenfalls ins Auge zu fassen. Diese erzielen einen gewaltfördernden Effekt und wirken damit einer Gewaltprävention entgegen.

3. Der Deutsche Präventionstag setzt sich u.a. für die Vorbeugung und Verhinderung von Jugendgewalt und Jugendkriminalität ein. Welche Formen der Jugendförderung werden von Ihrer Partei hierzu angestrebt?

Zu 3.:

Staatlich finanziert müssen mehr Möglichkeiten der sinnvollen Freizeitbeschäftigung geschaffen werden, und zwar flächendeckend für alle Jugendlichen unabhängig ihrer sozialen Herkunft. Gerade sportliche Angebote sollten hier im großen Rahmen kostenlos angeboten werden. Identitätsstiftend und nachhaltig wird zusätzlich eine deutsche Jugendorganisation angestrebt, die entsprechende Werte, wie Gemeinschaftsgeist, Ehrlichkeit, Rechtschaffenheit und Zusammenarbeit vermittelt. Diese soll sich den individuellen Bedürfnissen und Fähigkeiten des Einzelnen nicht verschließen, sondern diese fördern, zum Wohle der Gemeinschaft.

Weiterhin muss ein naturwissenschaftlich abgesichertes Menschenbild der Jugendförderung zugrunde liegen. Eine „Frau-Gleich-Mann“- Ideologie, wie Professor Ulrich Kutschera das Leitprinzip „Gender Mainstream“ beschreibt, ist abzulehnen. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass männliche und weibliche Kinder und Jugendliche unterschiedliche Bedürfnisse und Verhaltensweisen besitzen, auf die differenzierter eingegangen werden muss. Männliche Kinder und Jugendliche sind eher am Wettstreit, auf das Kräfteressen fokussiert als Weibliche, wie Doris Bischof-Köhler und andere zu berichten wissen. Dies wird in der heutigen pädagogischen Sicht nicht in Rechnung gestellt, es wird versucht, Verhaltensweisen des agonistischen Systems zu vermeiden. Es ist wichtig, diese Unterschiede zu kennen und sie nicht zu ignorieren, um entsprechend angepasst auf diese einzuwirken, damit sich diese Verhaltensweisen nicht negativ auf die Gruppe auswirken. Das soll nicht implizieren, dass Kinder dogmatisch in Kategorien hineingezwängt werden sollen, sondern sie nach ihren Interessen und ihrer Eignung passende Angebote bekommen, um sich frei in gesicherten Leitlinien entfalten zu können. (Selbst-)Sichere Kinder werden zu gefestigten und starken Persönlichkeiten im Erwachsenenalter. Wer innerlich gefestigt ist, ist weniger anfällig für eine kriminelle Laufbahn.

Insgesamt ist die pädagogische Arbeit im Hinblick auf menschliche Verhaltensweisen sehr auf die Geisteswissenschaften und damit verbunden, auf die Lerntheorien begrenzt. Zur Entstehung der Aggression wird die „Frustration-Aggressions-Hypothese“ oder die Lerntheorien als Handlungsgrundlage verwendet, dies führt dazu, dass ein frustrationsfreies Umfeld erschaffen wird, um aggressives Verhalten zu vermeiden. Unsere Grundlage bilden die „Vier Grundfragen der biologischen Forschung“ und die ethologische Aggressionstheorie, die die obigen Theorien mit einschließt. Die ethologische Aggressionstheorie wurde bereits von Konrad Lorenz und später Irenäus Eibl-Eibesfeldt verschriftlicht. Diese nimmt an, dass die Aggression eine menschliche Universalie ist, die als stammesgeschichtlich erworben gilt und die Aggressionen instrumental für die Erreichung unterschiedlicher Interessen eingesetzt werden. Kinder, die aggressionsfrei erzogen wurden, zum Beispiel durch den pessimistischen Erziehungsstil, reagierten in ihrer Aggression ungezügelt und unbeherrscht. Durch die alleinige Vermeidung und somit Unterdrückung aggressiven Verhaltens, lernen die Kinder nicht mit ihren Aggressionen umzugehen, sie

„explodieren“ in ihren Gefühlen förmlich. Die biologische Grundlage im Menschenbild lässt uns zu dem Handlungskonzept kommen, dass wir uns nicht einseitig auf die Aggressionsvermeidung, sondern unser Augenmerk noch dazu auf die Aggressionskontrolle richten.

4. Wie beurteilt Ihre Partei eine verstärkte Förderung von Bildungsangeboten im Hinblick auf deren Auswirkungen auf abweichendes Verhalten und Gewaltbereitschaft?

Zu 4.:

Sich mit den Auswirkungen von Gewaltbereitschaft zu beschäftigen ist sicherlich sinnvoll. Metaphorisch gesprochen: „Jede Wunde will versorgt werden“. Jedoch muss es unser Anliegen als politische Partei sein, die Ursachen von Gewaltbereitschaft und abweichendes Verhalten zu beseitigen und diese sehen wir in den Rahmenbedingungen des gesellschaftlichen Lebens. Wir halten eine verstärkte Förderung der Ursachenanalyse und Ursachenbehebung für notwendiger als eine verstärkte Förderung von Bildungsangeboten die sich mit den Auswirkungen von Gewaltbereitschaft beschäftigt. Hierzu sei auf Frage Sechs verwiesen.

5. Sind aus Sicht Ihrer Partei die Förderung der gesellschaftlichen Vielfalt sowie des gesellschaftlichen Zusammenhaltes explizite Ziele, die auch im Bereich der Kriminalprävention verfolgt werden sollten?

Zu 5.:

Ja, sie sollten verfolgt werden. Die gesellschaftliche Vielfalt als Meinungspluralismus verstanden, ist kein konkret ausformuliertes politisches Ziel unserer Partei, es ist jedoch nicht unerwünscht, da Diskussionen zur immer wiederkehrender Überprüfung des eigenen Standpunktes bzw. Weiterentwicklung und Korrigieren dieses führt. Dies wird weiter unten genauer ausgeführt. Der gesellschaftliche Zusammenhalt besitzt einen hohen Stellenwert, der „Deutscher Sozialismus“ bildet die erste Forderung unseres 10-Punkte-Grundsatzprogramms und bezeichnet unsere angestrebte Gemeinschaftsordnung.

Der deutsche Sozialismus ist die Anschauung, dass die Gemeinschaft den wichtigsten Wert verkörpert, der Einzelne ist Teil dieser Gemeinschaft und soll nach seinen Fähigkeiten seinen Platz in der Gemeinschaft finden und einnehmen. Daher streben wir eine Gemeinschaftsordnung innerhalb des Volkes an, bei der sich ein Volksangehöriger nur nach seinen Leistungen und Taten für sein Volk Anerkennung verschaffen kann.

Im politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Bereich muss die Losung heißen: Gemeinnutz geht vor Eigennutz – vom ICH zum WIR! Dieses gemeinschaftliche Denken muss Teil des Bildungsplans werden und vom Kindesalter an gelehrt und gelebt werden. Schädigt ein Individuum die Gruppe, die er angehört, dann kann er kurzfristig einen Vorteil erlangen. Verbreiten sich jedoch seine Erbanlagen oder seine Gewohnheit seines rücksichtslosen Auftretens als Verhaltensnorm, dann mindert das die Gesamteignung der Gruppe langfristig. Wir sollten daher von dem individuellen Ansatz etwas Abstand nehmen und die Gruppe vermehrt in den Fokus stellen, da zum Ersten mehr Verantwortung für die Gesamtheit übernommen wird, da man sich als Teil eines Systems begreift und Zweitens, da der Sozialisationsdruck der Gemeinschaft auf das Individuum stärker wirkt, als in einer anonymen Massengesellschaft.

6. Welche zusätzlichen bundesgesetzlichen Regelungen hält Ihre Partei in den Bereichen Kriminalprävention und Opferschutz sowie im Bereich der Prävention von digitaler Kriminalität für anstrebenswert?

Zu 6.:

Familiäre Betreuung der Kinder statt Krippenbetreuung!

Eine der Hauptursachen von Gewalt und sozialer Kälte sehen wir in der Betreuungsform der Krippenbetreuung. Wir beeinträchtigen flächendeckend und systematisch die gesunde Entwicklung unserer Kinder, aus wirtschaftlichen Zielstellungen. Was wir heute in unseren Kindern sähen, werden wir später in der Gemeinschaft ernten.

Der Humanethologen Irenäus Eibl-Eibesfeldt schrieb, dass die Anonymität der zwischenmenschlichen Beziehungen und die Bindungslosigkeit des Menschen soziale Kernprobleme der heutigen Gesellschaft darstellen. Wir sind nach Prüfung des wissenschaftlichen Erkenntnisstands zur Feststellung gekommen, dass die Betreuungsform eine Ursache für die beklagten Missstände darstellt. Kinder schaffen Zukunft, und nur gesunde Familien können auch eine gesunde Zukunft hervorbringen.

Der berühmte Kindertherapeut Wolfgang Bergmann schrieb passend:

"Ein Kind gehört nicht in den Kindergarten vor dem dritten Lebensjahr!"

In der NICHD-Studie wurden im Zeitraum von 1991 bis 2016 über Tausend Kinder untersucht, diese Langzeitstudie kam zum Ergebnis, dass sich die Krippenbetreuung negativ auf die soziale und emotionale Kompetenz der Kinder auswirke.

Die Wiener Krippenstudie belegt, dass Kinder trotz Eingewöhnung einen besorgniserregenden Stresslevel haben. Hierzu wird der Cortisolspiegel im Speichel gemessen.

Cortisol ist das Stresshormon, sein Gegenspieler ist das Bindungshormon Oxytocin, das den Cortisolspiegel senkt.

Die Behauptungen, dass die Krippe dem Kind nicht schadet, lässt sich folglich nicht über kurzzeitige Beobachtung erfassen, da Kinder zu Anpassungsleistungen im Verhalten in der Lage sind, sondern erst, wenn man ihre Cortisolwerte misst. Viele Verhaltensauffälligkeiten, die gerade in der Pubertät auftreten, lassen sich in einem kausalen Zusammenhang mit der Fremdbetreuung bringen. Es kommt zu einer Zunahme von Konzentrationsschwäche und Hyperaktivität, zu einer Verschlechterung von motorischen, emotionalen und sozialen Kompetenzen, zudem werden Kinder häufiger krank, das Immunsystem wird durch die hohe Stressbelastung geschwächt.

Depression und Burnout, erhöhte und enthemmte Aggressivität, die durch Empathielosigkeit verstärkt wird, wie auch eine distanzierte und gefühlskalte Haltung gegenüber Freunden, Liebesbeziehungen und eigenen Kindern sind mögliche Folgen. Der Fehler liegt folglich an dem System der Fremdbetreuung selbst, statt an den Rahmenbedingungen, wie den fehlenden Krippenplätzen, zu wenigen Personal oder an der unterschiedlichen Betreuungsqualität verschiedenster Einrichtungen.

Der Kinderneurologe Rainer Böhm dazu: „Chronische Stressbelastung ist im Kindesalter die biologische Signatur der Misshandlung. Kleinkinder dauerhaftem Stress auszusetzen ist unethisch, verstößt gegen Menschenrecht, macht akut und chronisch krank.“

Diese Ergebnisse werden von vielen Humanwissenschaften und weiteren Studien belegt. Die Regierung muss Bedingungen schaffen, dass eine Familie es sich leisten kann, ihre Kinder bis zum dritten Lebensjahr selbst betreuen zu können. Die Eltern dürfen nicht aus finanziellen Gründen gezwungen werden, ihre Kinder in Betreuungseinrichtungen abzugeben. Des Weiteren ist öffentlich auf die Gefahr der zu frühen Fremdbetreuung hinzuweisen und die Rolle der Mutter wieder aufzuwerten. Die Partei DER III. WEG will ein angenehmes Klima für kinderreiche Familien schaffen; zum einen durch finanzielle Anreize und Vergünstigungen, zum anderen durch Anerkennung und eine hohe Wertstellung in einer völkischen Gemeinschaft. Alle politischen Entscheidungen, sei es auf wirtschaftlicher, sozialer oder kultureller Ebene, müssen immer wieder darauf geprüft werden, ob sie der Förderung der Familie dienlich oder schädlich sind.

Deutscher Sozialismus statt Liberalismus!

Wir leben heute in einer Gesellschaft, indem sich das Individuum verwirklichen soll, damit es glücklich und zufrieden ist. Damit wird der Einzelmensch in den Vordergrund gestellt. Es bekommt heute jener Anerkennung, der sich eine hohe Rangstellung und besonders viel Reichtum erarbeitet hat und insgesamt stets der Erste und Beste ist. Wirtschaftsliberalisten wie Adam Smith wollen die natürliche Neigung zur Konkurrenz als wirtschaftlichen Faktor nutzen. Die Konkurrenz sei der Antriebsmotor für gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Fortschritt. Allerdings bewirkt ständige Konkurrenz auch Innengruppenkonflikte und somit Reibungsverluste. Misstrauen, Rücksichtslosigkeit, Ellenbogen-Mentalität, Aggressivität und Kriminalität sind die gesellschaftlichen Auswirkungen.

Der Archäologe und Prähistoriker Harald Meller schrieb zu diesem Themenkomplex, dass das genau diese Eigenschaften seien, die dazu führten, dass man in der Urgesellschaft ausgeschlossen werden würde. Solche Menschen würden verjagt werden, weil man mit ihnen nicht zusammenleben könnte. Zu diesen üblen Eigenschaften gehören, nach ihm, zum Beispiel krankhafter Ehrgeiz, Rücksichtslosigkeit, Ellbogen-Mentalität, Egoismus, Geiz und Neid, eigentlich alles Todsünden menschlicher Gesellschaften, so schreibt er. Aber in unseren Gesellschaften würden diese Eigenschaften hochgelobt. In Gemeinschaften führen diese aber zu starken Spannungen, denn eigentlich sei die Natur des Menschen eine ganz andere.

An die Stelle von Ich-Sucht setzen wir den Gemeinsinn, an die Stelle des Einzelmenschen, das Volk. Der Deutsche Sozialismus ist die Lehre des Zusammenlebens und der Solidarität mit und für unser Volk.

Die Partei DER III. WEG fordert daher eine „Völkische Gemeinschaft“ mit der Fokussierung auf prosoziale Werte als Gemeinschaftsordnung statt der Ellenbogengesellschaft des Liberalismus!

Kriminelle Ausländer raus!

Die Partei DER III. WEG fordert eine sofortige Abschiebung aller illegalen und kriminellen Ausländer aus Deutschland mitsamt anschließendem Einreiseverbot. Die Zielpersonen müssen konsequent aufgespürt und anschließend in ihre Herkunftsländer abgeschoben werden. Sollte das Herkunftsland des sich illegal in Deutschland befindenden oder straffällig gewordenen Ausländers von diesem nicht angegeben werden, ist dieser bis zu einer eindeutigen Identitätsfeststellung in gesonderte Haft zu nehmen.

Anstatt Milliarden an deutschen Steuergeldern für eine weitestgehend gescheiterte Integration aus dem Fenster zu werfen, müssen kinderreiche deutsche Familien, sowie die Jugend im Allgemeinen gefördert werden. Dort und nicht in der ungebremsten Zuwanderung Kulturfremder liegt die Zukunft unseres Volkes. Nur ein kontinuierlicher Abbau der Ausländerbeschäftigung durch die vorrangige Besetzung jedes frei werdenden Arbeitsplatzes mit einem deutschen Arbeitnehmer und die gleichzeitige Rückführung aller arbeitslosen außereuropäischen Fremdländer kann die Überfremdung stoppen. Vorhandene Einwanderungsgesetze, insbesondere das Asylrecht, müssen verschärft und durchgesetzt werden.

7. Welche Erfordernisse sieht Ihre Partei bezüglich der Fortentwicklung von Schwerpunkten und Strukturen der nationalen Extremismusprävention?

Gefahrenabwehr durch Außengrenzen!


Die Bürger- und Freiheitsrechte unseres Volkes werden durch die zunehmende Überfremdung stetig eingeschränkt – zum einen, da die körperliche Unversehrtheit von Deutschen durch kriminelle Ausländer gefährdet wird, zum anderen durch eine immer realer werdende Terrorgefahr, der der Staat mit zunehmender Überwachung begegnet. Die größte Gefahr für die innere Sicherheit in Deutschland lässt sich daher mit einer konsequenten und verschärften Ausländer- und Asylgesetzgebung, sowie mit der Wiedereinführung von Grenzkontrollen abwenden. Während hunderttausende Fremdländer ohne Kontrollen über die Grenzen geströmt sind, schirmt man nun öffentliche Großveranstaltungen mit Zäunen und Einlasskontrollen ab, um dort Sicherheit zu gewährleisten. Ein Zustand, der wieder umgekehrt werden muss! Kriminelle Ausländer und sogenannte Gefährder sind konsequent abzuschieben, während Fremdländern ohne überprüfte Identität die Einreise verwehrt bleiben muss.

Weiterhin fordern wir Meinungsfreiheit in Schrift, Bild und Rede, sowie im Internet!

Viele Debatten spielen sich im Zeitalter der Informationstechnologie im Internet und in den dortigen „sozialen Netzwerken“ ab. Ein eingeführtes „Netzwerkdurchsetzungsgesetz“ (NetzDG) verpflichtet nun Anbieter wie Google, Facebook oder Twitter dazu, „offensichtlich strafbare Inhalte“ binnen 24 Stunden zu löschen. Tun sie dies nicht, drohen ihnen empfindliche Strafen von bis zu 50 Millionen Euro. Durch zahlreiche Gesinnungsgesetze in der BRD und eine derart vage Formulierung des NetzDG werden Onlinedienste dazu genötigt, im Zweifelsfall mehr als nötig und damit eben auch rechtmäßige Inhalte zu löschen. Das NetzDG ist nur eine von vielen Initiativen, welche unter dem Vorwand ins Leben gerufen wurden, „Hasspostings“ und „Fake-News“ im Netz bekämpfen zu wollen. Der berechtigte Unmut mündiger Bürger wird hierbei als „Hass“ empfunden, und „Fake-News“ sind oftmals unbequeme Wahrheiten, die unter den Tisch gekehrt werden sollen. Die Partei DER III. WEG setzt sich für die Meinungsfreiheit auch im Internet ein und fordert die Abschaffung des NetzDG, sowie anderer gleichartiger Gesetze und Beschlüsse. Jedes Jahr werden in der BRD etwa 10.000 Strafanzeigen wegen Meinungsdelikten verfolgt. Die Partei DER III. WEG setzt sich für die persönliche Freiheit aller Deutschen ein, ihre religiösen, weltanschaulichen und moralischen Überzeugungen zu bilden, zu äußern und zu verfolgen. Die Gesinnungsparagrafen des Strafgesetzbuches sind ersatzlos zu streichen und sämtliche politisch Verfolgte aus den Gefängnissen zu entlassen. Langjährige Haftstrafen aufgrund bloßer Meinungsdelikte sind in der Bundesrepublik Deutschland nicht selten.

Es muss möglich sein, fachlich und ergebnisoffen debattieren zu können, auch wenn die Meinungen der Bürger nicht zu dem herrschenden Zeitgeist passen. Schon John Stuart Mill beschrieb dies in seinen Grundannahmen zur individuellen Freiheit, dies sollt für Gedanken- und Meinungsäußerungen, sowie des Handels gelten. Ohne Gedankenfreiheit bliebe zum Beispiel Wissen eingeschränkt. Die Gesellschaft müsse stets eine breite Diskussion zulassen, um Stimme und Gegenstimme abzuwägen. Ein Gedanke würde durch die Diskussion mit entgegengesetzten Meinungen auf die Probe gestellt werden, Ideen, die nicht bestehen können, werden verworfen. Er trat dafür ein, Gegenstimmen auch künstlich zu erzeugen, wenn sich keine Gegenstimmen finden würden. Der Mehrheitsmeinung müssten Freigeister neue Wege aufzeigen, damit die gesellschaftliche Entwicklung nicht stehen bliebe. Künstlich erzeugte Gegenstimmen halten wir für übertrieben, heute wird jedoch jeglicher Diskurs verhindert und Gegenstimmen, als rassistisch, antisemitisch, sexistisch, populistisch und ähnliche Phrasen diffamiert und der Diskurs gleich im Keim erstickt. Es wird sich die Meinungsfreiheit auf die Fahne geschrieben, die gesellschaftliche Einheitsmeinung jedoch real gefordert. Der soziale Umgang mit anderen Meinungen ist zudem destruktiv. Der beispielhafte Einsatz vom „Bullshit-Bingo“ in politischen Debatten mag bei dem einen humorvoll rüberkommen, der andere fühlt sich öffentlich verlacht und in seiner Meinung nicht ernst genommen. Menschen, die nicht gehört werden, werden lauter, Menschen die nicht ernst genommen werden, wohl möglich in ihrer Methode extremer. Eine Demokratie muss andere, abweichende Meinungen aushalten können und sie im Sinne Mills, zur Weiterentwicklung nutzen. Dabei ist es notwendig, den anderen, trotz entgegenstehender Meinung, als Person wertzuschätzen und ernst zu nehmen, das Gespräch folglich konstruktiv zu gestalten. Ganz im Sinne der hegelschen Dialektik (These-Antithese-Synthese). Das wäre ein erster Schritt zur Kriminalprävention extremistischer Erscheinungen.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in cursive script, appearing to read 'K. Armstroff', written in dark ink on a white background.

Klaus Armstroff – Parteivorsitzender „DER III. WEG“